ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: EG-Agrarpolitik - Europäischer Währungsfonds - EG-Stahlpolitik - IATA - Schuldenkrise

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1985) : Kurz kommentiert: EG-Agrarpolitik - Europäischer Währungsfonds - EG-Stahlpolitik - IATA - Schuldenkrise, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 65, Iss. 11, pp. 541-542

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/136095

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

EG-Agrarpolitik

Reformdissens

Über die Notwendigkeit, die immer stärker ausufernden Agrarüberschüsse in der Europäischen Gemeinschaft einzudämmen und abzubauen, besteht weitgehend Einigkeit. Allerdings gibt es über das Prozedere – zum Teil stark interessenbedingte – Meinungsverschiedenheiten. Das wird auch in der gegenwärtigen deutschen Reformdiskussion deutlich, die angesichts der anstehenden Brüsseler Grundsatzdebatte zunehmend an Intensität gewinnt. Die Geister scheiden sich vor allem in der Rolle der Marktpreise, deren Verstärkung die Kommission in ihrem „Grünbuch" als einzigen vernünftigen Ansatz betrachtet, um das Agrarproblem in den Griff zu bekommen.

Der deutsche Landwirtschaftsminister will dagegen an der expansiven Agrarpreispolitik festhalten, die nicht zuletzt für die heutige Misere verantwortlich ist. Mit der Kontingentierung werden planwirtschaftliche Elemente zur Haltung eines hohen Preisniveaus akzeptiert – zu Lasten von Strukturwandel und Verbrauchern. Überraschend hat nun die FDP stärker marktorientierte Vorschläge unterbreitet. Dirigistische Produktionslenkung wird abgelehnt und auch Agrarpreissenkungen sind nicht tabu. Man fragt sich nur, warum die FDP eine solche Position nicht schon bezogen hat, als sie noch selbst den Landwirtschaftsminister stellte.

Es ist zu hoffen, daß sich im agrarpolitischen Dissens zwischen den Koalitionsparteien die marktorientierte Variante durchsetzt. Dies würde auch den Widerspruch überwinden, der daraus resultierte, daß die Bundesrepublik stets für eine Begrenzung des EG-Haushalts und für Sparmaßnahmen plädierte, gleichzeitig aber eine „aktive" Preispolitik unterstützte. Die deutsche Seite würde so an Glaubwürdigkeit gewinnen. hk

Europäischer Währungsfonds

Vorschlag ohne Chance

Mit seinem Vorschlag zur Einführung eines Europäischen Währungsfonds hat der Präsident der EG-Kommission, Jacques Delors, die Diskussion eines der brisantesten Themen der europäischen Währungspolitik neu angefacht. Delors will den bestehenden Europäischen Fonds für Währungspolitische Zusammenarbeit (EFWZ) durch einen feierlich gegründeten und ratifizierten Währungsfonds ablösen und damit der EG eine eigenständige währungspolitische Kompetenz geben.

In Anbetracht der Problematik eines solchen Fonds hat der Kommissionspräsident seinen Vorschlag bewußt wenig konkret gehalten. Den neuralgischen Punkt, nämlich die Frage, wie stark ein Europäischer Währungsfonds in die währungspolitische Autonomie der Mitgliedsländer eingreifen soll, klammert Delors aus. Sein Fonds soll nichts revolutionieren, sondern offen für eine gesamteuropäische Währungsevolution sein. Das klingt gut. Dennoch steht nicht zu erwarten, daß die EG-Länder dem ehemaligen französischen Finanzminister folgen werden.

Delors will den Einfluß der EG-Kommission auch auf die Währungspolitik ausdehnen. Bislang kann die Kommission dem Ministerrat und dem Währungsausschuß zwar Vorschläge unterbreiten, in dem in den letzten Jahren zur zentralen Institution „europäischer Geld- und Kreditpolitik" gewachsenen Gouverneursausschuß hat sie aber lediglich Beobachterstatus. Hier geben die europäischen Notenbankpräsidenten den Ton an. In einem europäischen Währungsfonds hätten Kommissionsinitiativen ein stärkeres Gewicht. Daran haben die EG-Länder aber offensichtlich kein Interesse. So dürfte der Vorschlag Delors den Weg vieler EG-Papiere gehen: in den Papierkorb. ww

EG-Stahlpolitik

Kein Grund zum Jubeln

Die im EG-Ministerrat erzielte Einigung über die Fortführung des Stahlkrisenregimes über 1985 hinaus kam nicht überraschend. Anlaß zum Jubeln über den Stahlkompromiß besteht allerdings weder aus europäischer noch aus deutscher Sicht.

Nach elf Jahren Stahlkrise kann die europäische Stahlindustrie noch immer nicht in die Marktwirtschaft entlassen werden. Ferner bestehen nicht unbeträchtliche Zweifel, ob dies nach der jetzt vorgesehenen Dreijahresübergangsphase möglich sein wird; denn noch existieren insgesamt deutliche Überkapazitäten, und

die Nachfrage dürfte sich bis Anfang der neunziger Jahre wohl nicht entscheidend verbessern. Zweifel werden auch dadurch genährt, daß den Stahlunternehmen nach der Kompromißregelung weiterhin Subventionen zufließen können und werden, so daß der Anpassungsprozeß verzögert werden dürfte.

Obgleich gerade die deutschen Stahlunternehmen unter den Subventionen der europäischen Konkurrenten zu leiden haben, hat die Bundesregierung – entgegen ihren vorherigen Beteuerungen – neben Forschungs- und Umweltsubventionen auch noch der Gewährung von Schließungsbeihilfen zugestimmt. Zwar ist die umfassende Beihilfepraxis des bis Ende 1985 geltenden Beihilfenkatalogs eingeschränkt worden. Zu fürchten ist aber, daß es in einer Reihe von EG-Ländern zu höchst weitherzigen Auslegungen der Begriffe Forschung, Umweltschutz und Betriebsstillegung kommen wird. Einerseits bemüht man sich in Europa, auf technologischem Gebiet trotz knapper Mittel den Standard zu halten und Lücken zu schließen; andererseits leistet man sich im Stahlsektor den Luxus, die – einem hohen EG-Beamten zufolge – größte industrielle Fehlleitung von volkswirtschaftlichen Ressourcen in der europäischen Wirtschaftsgeschichte fortzuführen. kr

IATA

Schein-Liberalisierung

Die 41. Jahrestagung des Dachverbandes der internationalen Linienfluggesellschaften IATA in Hamburg befaßte sich u. a. mit einem neuen Tarifsystem für Europa. Dies ging einher mit der massiver werdenden Forderung der Europäischen Gemeinschaft nach mehr Wettbewerb im Linienflugverkehr: Die bisher einheitlich für alle Mitglieder der IATA geltenden Flugtarife sollen flexibler werden.

Im Jahre 1984 erzielten die 140 in der IATA zusammengeschlossenen Fluggesellschaften einen Nettogewinn von 1 Mrd. $. Dies war das beste Ergebnis im internationalen Passagierverkehr seit fünf Jahren. Insofern dürfte es dem Dachverband der europäischen Linienfluggesellschaften AEA nicht schwergefallen sein, einen Vorschlag für „mehr Wettbewerb und vielfach billigeres Fliegen" zu unterbreiten. Es sollen zwei Sondertarife eingeführt werden, die 80 % bzw. 60 % des Economy-Tarifs entsprechen. Diese können innerhalb von Margen von ± 15 % variieren. Die Inanspruchnahme derartiger Billigflüge ist allerdings an einige buchungstechnische und terminliche Bedingungen geknüpft.

Es stellt sich hier die Frage: Was ist eigentlich neu an diesem Vorschlag? „Flieg & Spar"-Tarife existieren schon lange. Hiermit kann in Europa bis zu 60 % unter dem Normaltarif geflogen werden. Die Gewährung von Margentarifen ist ebenfalls nur eine Schein-Liberalisierung, weil – wie sich im Güterfernverkehr gezeigt hat – die Marge regelmäßig an ihrer Untergrenze ausgenutzt wird, so daß schon fast wieder von einem Festtarif gesprochen werden kann. cw

Schuldenkrise

Rolle der Gläubiger

Kaum hatte in Seoul US-Finanzminister Baker die Banken zu einer Verstärkung ihrer Kreditvergabe an Entwicklungsländer aufgefordert, kam aus Paris von der OECD die Warnung, eben damit vorsichtiger zu sein als vorher. Es wurde daran erinnert, daß die Schuldenkrise ohne die lang anhaltende Großzügigkeit privater Banken nicht möglich gewesen wäre.

Mittlerweile hat sich insbesondere in Lateinamerika gezeigt, daß allein kurzfristig ausgerichtete Austeritätsmaßnahmen langfristig Wachstum und politische Stabilität gefährden. Zur Begrenzung derartiger Negativfolgen von Anpassungsmaßnahmen empfiehlt Baker, daß Weltbank und Interamerikanische Entwicklungsbank in den nächsten drei Jahren ihre Kreditvergabe von bislang vorgesehenen 18 Mrd. $ auf 27 Mrd. $ ausweiten, bei Neuausleihungen privater Banken in Höhe von 20 Mrd. $.

So richtig die Warnung der OECD im Prinzip ist; so unnötig ist sie im Augenblick, denn die Ausleihungen der privaten Banken sind nahezu zum Stillstand gekommen. Folgen die Banken Bakers Aufforderung, so erhöht das die Wachstumsrate der ausstehenden Kredite um gerade 2,5 Prozentpunkte. Zudem sollen die Darlehen nur in solche Länder fließen, die mit dem IWF und der Weltbank abgestimmte Anpassungsmaßnahmen ergreifen.

Das angestrebte Kreditvolumen wird somit kaum ausreichen, um die zur Überwindung der Schuldenkrise letztlich notwendige Erneuerung der Wachstumsdynamik auszulösen. Nach wie vor fehlt es dafür auch in wichtigen Industriestaaten an der Bereitschaft, durch einen Abbau von Haushaltsdefiziten zu einer Senkung der Kreditkosten der Entwicklungsländer beizutragen und ihnen über eine verstärkte Öffnung eigener Märkte Exportmöglichkeiten zu erschließen. st